

Parlament feilscht bei Kampfjet-Kauf

- 10.12.2019
- Neue Zürcher Zeitung
- LARISSA RHYN, BERN

Das Parlament will neue Kampfjets für bis zu 6 Milliarden Franken kaufen. National- und Ständerat streiten aber noch darüber, wie stark die Industrie profitieren soll. LARISSA RHYN, BERN Bürgerliche und Mitte-Politiker bilden im Nationalrat eine geeinte Front für neue Kampfjets. Mit 124 zu 68 Stimmen haben sie die Beschaffungsvorlage am Montag in der Gesamtabstimmung angenommen. Ein Alternativvorschlag der SP hatte keine Chance.

Die Sozialdemokraten wollten für 1 Milliarde Franken leichte Jets eines italienischen Herstellers kaufen und gleichzeitig die Nutzungsdauer der F/A-18 weiter verlängern. Daneben schlugen sie vor, mehr Geld für die bodengestützte Luftverteidigung auszugeben, nämlich 3 statt 2 Milliarden. In ihrer Kritik am Beschaffungsprojekt des Verteidigungsministeriums wurde die SP von den Grünen unterstützt: Die Pläne seien überdimensioniert, zu wenig durchdacht, und die Schweiz müsse mit hohen Unterhaltskosten für die «Luxuskampfjets» rechnen. Bundesrätin Viola Amherd (cvp.) wies dies zurück.

Sie betonte, es gebe kaum ein Geschäft, das je so ausführlich vorbereitet worden sei: «Keine Spur von Blankocheck und keine Spur von Eiltempo.» Sowohl der Rückweisungsantrag als auch die einzelnen Minderheitsanträge von SP und Grünen wurden klar abgelehnt. Am meisten Diskussionen gab es zum Anteil der Gegengeschäfte für die Schweizer Industrie. Hier war die kleine Kammer von der bundesrätlichen Vorlage abgewichen. Der Ständerat verlangte, dass jeder Franken, den ein ausländischer Kampfjet-Hersteller verdient, mit Aufträgen an Schweizer Unternehmen kompensiert werden soll.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats kam jedoch zurück auf den Vorschlag von Bundesrätin Viola Amherd für 60 Prozent sogenannte Offset-Geschäfte. Der Rat folgte seiner Kommission; eine weitere Reduktion auf 50,20 oder gar 0 Prozent lehnte er ab. Für den Entscheid war unter anderem die Position der SVP ausschlaggebend. Deren Ständeräte hatten noch geschlossen für 100 Prozent gestimmt. Die SVP-Fraktion im Nationalrat hingegen fand, dies verteuere den Kaufpreis unnötig, wodurch weniger Jets gekauft werden könnten.

Der grüne Nationalrat Balthasar Glättli kommentierte, die Brisanz des Offset-Themas sei offensichtlich so gross, dass nun sogar die Rechte davor warne, dem Ständerat zu folgen. Amherd machte darauf aufmerksam, dass die Armee in den nächsten 10 Jahren total 15 Milliarden Franken ausgeben wird. Der Grossteil für diese Beschaffungen, nämlich 9 Milliarden, soll vollumfänglich in der Schweiz kompensiert werden. Nur bei den Kampfjets steht eine Reduktion zur Debatte. SVP-Nationalrat Thomas Hurter nahm dieses Argument auf und sagte, der Ständerat habe die anderen Beschaffungen zu wenig berücksichtigt: «Es ist blauäugig zu glauben, dass es die Schweizer Industrie schafft, für 15 Milliarden gute und nachhaltige Kompensationsgeschäfte zu erreichen.

» Weil sich die Räte beim Offset-Anteil nicht einig sind, steht nun nächste Woche eine Differenzbereinigung an. Schon während der Debatte im Nationalrat versuchte die FDP, einen Kompromiss aufzugleisen. Der freisinnige Nationalrat Marcel Dobler bat den Ständerat, in der Differenzbereinigung 80 Prozent anzupeilen. Er versprach: «Die liberale Fraktion würde für einen solchen Kompromiss gerne Hand bieten.» Weil die Ratslinke dem Vorschlag kaum zustimmen wird, dürfte vor allem die Position der CVP relevant sein.

Diese folgt bis anhin ihrer Bundesrätin. Nationalrätin und CVP-Vizepräsidentin Ida Glanzmann wollte sich auf Anfrage noch nicht zu einem Kompromiss äussern, sagte jedoch: «Die Hauptsache ist, dass wir noch in dieser Session eine Mehrheit für dieses Geschäft finden.» GSoA, SP und Grüne suchen derweil über die Plattform Wecollect bereits Personen, die je fünf Unterschriften für ein Kampfjet-Referendum sammeln wollen..